

Niederschrift

über die 18. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 02.09.2021

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Unterbrechungen: 17:05 Uhr bis 17:20 Uhr

Anwesenheit: Soll	43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist	38 Mitglieder der Stadtvertretung
	88,37 %

Entschuldigt fehlten:

- Ratsfrau **Dörnbrack** (CDU)
- Ratsherr **Fink** (AfD)
- Ratsherr **Jaschinski** (Die LINKE)
- Ratsherr **Schröder** (Die LINKE)
- Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, eröffnet die 18. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Herr **Steilen**, wohnhaft in Neubrandenburg und für die Bürgerinitiative „Sichere Fuß- und Radwege“ sprechend hat Fragen zu den Fortschritten bezüglich der Straßen Verlängerte Jahnstraße, Bruderbruch und An der Rennbahn.

1. Werden Privatgrundstücke bzw. Pachtflächen der Anlieger für den Bau der Fuß- und Radwege enteignet?
2. Wird die Bürgerinitiative zu Beratungszwecken einbezogen (stellvertretend für Anlieger und Grundstückspächter)?

3. Wie weit ist die Planung der Straßenabschnitte Jahnstraße, Bruderbruch und An der Rennbahn vorangeschritten?
4. Gibt es Ergebnisse zu den Verkehrszählungen vom 31.08.2021?

Herr Steilen bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters sagt die Diskussion erster Zwischenergebnisse der bereits angelaufenen Prüfungen zu.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 25.08.2021). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ratsherr **Donner** (SPD) kündigt an, dass er die Sitzung um 16:30 Uhr verlassen wird.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 17. Sitzung der Stadtvertretung am 08.07.2021

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) bittet um Änderungen auf S. 8 der Niederschrift: In ihrem ersten Redebeitrag zum TOP 11 bittet Sie, den letzten Satz zu streichen und dafür: „Vor einer Entscheidung sollte klar sein, welche Möglichkeiten für Sanierung und Erhalt des Hauses bestehen.“ einzufügen.

Im zweiten Redebeitrag, ihrer Erwiderung auf Ratsherrn Schwanke soll „nicht die Möglichkeit der Sanierung des Fischerhauses einbezogen hatte“ gestrichen werden und dafür „keine Möglichkeit für die Sanierung des Fischerhauses sieht“ eingefügt werden.

Abstimmung: Die Niederschrift wird mit diesen Änderungen mehrheitlich und zwei Enthaltungen beschlossen.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VII/0083

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) teilt die Unterstützung ihrer Fraktion für die Demonstration und Unterschriftenaktion zum Erhalt der Frühchenstation, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dietrich-Bonhoeffer-Klinikums auf dem Marktplatz am 11. September 2021 planen, mit. Die Mitglieder der Fraktion werden ebenfalls vor Ort sein.

Ratsherr **Schnell** (AfD) fragt nach dem Stand der Verhandlungen zum Ankauf des Areals der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt. Kann bis zum 30.09.2021 eine Einigung erzielt werden?

Er möchte weiterhin wissen, wann nach jetzigem Stand mit dem Rückzug ins Rathaus begonnen wird.

Auf die zweite Frage antwortet Herr **Witt**, Oberbürgermeister, dass gegenwärtig von einer Verzögerung zur ursprünglichen Planung, nach der die Übergabe des Rathauses im Dezember 2021 geplant war, von vier bis sechs Monaten ausgegangen wird. Diese hat ihre Ursachen in Problemen im Bauablauf. Im Juni/Juli 2022 wird das Gebäude übergeben werden. Danach beginnt der Einzug, der in drei Etappen im 3. und 4. Quartal 2022 ablaufen wird.

Ein Verhandlungsergebnis kann am 30.09. noch nicht vorgelegt werden, da das Ministerium die Unterlagen bezüglich des Wertes des Grundstückes nicht übergeben hat. Parallel wird weiterhin die Informationsveranstaltung für Anfang November 2021 geplant, zu der die Mitglieder der Stadtvertretung und die Vereine und Verbände eingeladen werden, um über die Form der Gedenkstätte an diesem Ort zu diskutieren.

Ratsherr **Kuhnert** (Die LINKE) dankt für die Weiterleitung seiner Anregungen an die Polizei, die nunmehr verstärkt die Kreuzung Am Pferdemarkt kontrolliert.

Er hatte in der Sitzung am 08.07.2021 eine Frage zum Lokschuppenareal gestellt, die auch beantwortet wurde. Die Löcher im Zaun von der Seite der Greifstraße sind noch immer da. Er macht auf die Verkehrssicherungspflicht der Stadt aufmerksam.

Er bezieht sich auf die Information, dass die Denkmalschutzbehörde um eine Stellungnahme zum Lokschuppenareal gebeten wurde. Er fragt, ob es diese Stellungnahme bereits gibt. Wie hat sich die Denkmalschutzbehörde zum Lokschuppenareal positioniert? Kann die Stellungnahme den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden?

Herr **Witt** sagt zu, dass dem Hinweis zur Sicherung des Zaunes umgehend nachgegangen wird.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0086** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsfrau **Wegner** (B 90/DIE GRÜNEN) bezieht sich auf den Beschluss des Klimaschutzkonzeptes am 11.12.2019 einschließlich des gemeinsamen Änderungsantrags ihrer Fraktion mit der Fraktion der LINKEN, nachdem einmal jährlich in den Ausschüssen über den Stand der Erfüllung berichtet werden sollte. Sie möchte wissen, wann und in welchen Ausschüssen ist das bisher geschehen? Wann ist die Stadt dem Klimabündnis beigetreten? Wann wurde der Klimarat zuletzt einberufen?

Wurden die für Photovoltaik geeigneten Dach- und Fassadenflächen ins Geodatenportal aufgenommen? Gibt es eine Strategie, den Fuhrpark der Stadt auf emissionsfreie Fahrzeuge umzustellen? Wieviel Pedelecs stehen für Dienstfahrten in der Verwaltung zur Verfügung? Werden diese genutzt? Welche Planungen verfolgen die Stadtwerke, um die Busflotte auf emissionsarme Antriebe umzustellen?

Herr **Witt** beantwortet einige Fragen sofort. Er berichtet aus dem Plangespräch zum Wirtschaftsplan 2022 mit den Neubrandenburger Stadtwerken, dass diese sich intensiv mit der Planung für die entsprechende Umstellung der Busflotte beschäftigen. In der Stadt gibt es vier Pedelecs. Bei der Umgestaltung des Innenhofes des Rathauses ist auch die Installation von E-Ladesäulen vorgesehen, was die Voraussetzung für die Umstellung des Fuhrparks ist. Seines Wissens nach hat es eine Berichterstattung zur Umsetzung von Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes noch nicht gegeben. Das muss also nachgeholt werden.

In der Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2021 wird die Vorlage zur Einstellung des/r Klimaschutzmanagers/in beraten. Mit diesem Beschluss ist dann die Voraussetzung für ein effizientes Controlling der Klimaschutzmaßnahmen gegeben.

Der Klimarat hat im Jahr 2020 das letzte Mal getagt. Dem Klimabündnis ist seines Wissens die Stadt noch nicht beigetreten. Das müsste schnellstmöglich nachgeholt werden.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0087** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B 90/Die GRÜNEN) stellt eine ergänzende Frage zum Thema der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum. Die Zahl der Elektroautos steigt und an einigen Tagen waren die wenigen Ladesäulen im Innenstadtbereich komplett ausgelastet. Was kann getan werden, um die Stadt für Pendler, die mit dem E-Auto kommen, attraktiv zu machen? Er verweist darauf, dass das entsprechende Konzept aus dem Jahr 2018, das mit der Antwort auf eine entsprechende Frage von RH Albrecht mitgeschickt wurde, aktualisiert werden müsste. Außerdem sollten bei aktuellen Straßenbaumaßnahmen Ladeplätze mit geschaffen werden.

Herr **Witt** informiert, dass die Fördermittelgebenden sowieso beauftragen, dass bei Straßensanierungen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden, um flexibel auf diese zusätzlichen Bedarfe reagieren zu können. Er schlägt vor, in den Ausschüssen der Stadtvertretung gemeinsam mit der NEUWOGES, perspektivische Orte für Ladesäulen zu definieren.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters erinnert an die neuen Parkplätze der NEUWOGES am Phönix-Hochhaus und an das neue Parkhaus am Pferdemarkt, wo ebenfalls Lademöglichkeiten geschaffen wurden. Er schlägt vor, die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit zu nutzen, um die gegenwärtige Situation darzustellen und über zukünftige Bedarfe zu informieren.

Ratsherr **Lange** (SPD) bezieht sich auf seine Anregung, eine Haltestelle der Linie 22 zu verlegen, wodurch ein kürzerer Fahrweg als jetzt entstanden wäre. Diese Anregung muss leider einige Instanzen, wie den Landkreis durchlaufen. Die Linie 22 wird von der Landwehr bis zum Datzeberg von vielen Schülerinnen und Schülern genutzt. Zur Zeit ist das Wohngebiet Steep abgekoppelt, so dass viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen müssen. Er hatte den Vorschlag gemacht, die Haltestelle Mirabellenstraße (befindet sich in der Margeritenstraße) zu nutzen.

Ratsherr **Kowalick** (Die LINKE) informiert, dass die Fraktion Die LINKE sich ebenfalls für die Demonstration zum Erhalt der Frühchenstation im Neubrandenburger Klinikum angemeldet hat.

Er geht auf die Situation der Ehrenmale auf dem Neuen Friedhof ein. Die Namen auf den Ehrenmalen verwittern und er fragt, ob die Stadtverwaltung eine Möglichkeit sieht, den Zustand zu verbessern.

Herr **Witt** sagt eine Information darüber, was die Verwaltung unternehmen kann, um die Situation zu verbessern, für den nächsten Bericht des Oberbürgermeisters zu.

Ratsfrau **Barthel** (fraktionslos) fragt, wann die Reparaturarbeiten an der Aussichtsplattform unterhalb des Belvedere erledigt werden. Sie macht darauf aufmerksam, dass auf der Bürgerbank am Oberbach bei Regen viel Wasser darauf stehen bleibt, weil diese keine Neigung hat.

Sie fragt weiterhin im Auftrag vieler Seniorinnen und Senioren nach, ob das VZN eine Möglichkeit sieht, den beliebten Seniorentanz wieder zu organisieren.

Herr **Witt** erklärt, dass die Aussichtsplattform nicht repariert werden muss, sondern ein statisches Problem hat. Die Plattform stammt aus den 70er Jahren, jetzt klärt der Eigenbetrieb gerade, wie dieses Problem gelöst werden kann. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden im Betriebsausschuss zur Kenntnis gegeben.

Die Situation der Bürgerbank schaut sich der Eigenbetrieb ebenfalls an.

Für den Seniorentanz gibt es private Anbieter wie den Marstall, die Ersatzangebote schaffen. Die Frage wird an die VZN weitergegeben.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0088** und wird schriftlich beantwortet

Ratsherr **Gille** (SPD) wurde von Anwohnerinnen und Anwohnern des Lindenberg Süd auf den schlechten Zustand des Gehweges der Robinienstraße aufmerksam gemacht. Dort haben auf einer Länge von 50 bis 70 Metern starke Baumwurzeln den Gehweg um ca. acht bis zwölf Zentimeter angehoben, ebenso die angrenzende Fahrbahn. Da in diesem Bereich gerade Wohnungen für ältere Menschen, die gegebenenfalls auch Rollstuhlfahrende bzw. blinde Personen sind, stellt dieser Gehweg eine erhebliche Gefahr dar. Er bittet darum, sich die Situation vor Ort anzuschauen.

Herr Gille stellt weiterhin fest, dass es sehr wenige Hundetoiletten in der Stadt gibt und möchte in einem Stadtplan verortet wissen, wo diese stehen und wie sie erreichbar sind?

Herr **Witt** nimmt die Beseitigung der Unfallquelle in der Robinienstraße als Arbeitsauftrag mit.

Er verweist darauf, dass die Hundeabfälle auch über die normalen Abfallbehälter erfolgen kann.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) bedankt sich für die ausführliche Beantwortung seiner Fragen aus der vorletzten Sitzung der Stadtvertretung. Er hat zwei konkrete Nachfragen:

Wieviel ständig öffentlich zugängliche Lade-Säulen sind in der Stadt Neubrandenburg verfügbar, also jederzeit 24/7, die von jeder Neubrandenburgerin, jedem Neubrandenburger genutzt werden könnten?

Wieviel E-Autos sind aktuell in Neubrandenburg zugelassen? Bitte schlüsseln Sie die Anzahl nach Wohngebieten auf. Wieviel Fahrzeuge sind davon gewerblich und wieviel privat zugelassen?

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0089** und wird schriftlich beantwortet

Im zweiten Anliegen geht es um Umweltschutzmaßnahmen. Soweit ihm bekannt ist, ist laut aktuell gültigem Gesetz die Benutzung von glyphosathaltigen Unkrautvernichtungsmitteln im privaten Bereich, in Kleingärten sowie auf öffentlich zugänglichen Räumen wie Spielplätzen, Parks und Sportplätzen nicht mehr gestattet. Da die Mittel noch nicht grundsätzlich verboten sind, sind sie noch im Handel erhältlich und der Besitz ist nicht strafbar.

Wie kontrolliert die Stadt die Einhaltung dieser Gesetze für den privaten und kleingärtnerischen Rahmen?

Wann ist letztmalig auf den genannten öffentlich zugänglichen Plätzen mit diesen Mitteln in der Stadt gearbeitet worden? Wenn es Bestände im kommunalen Bereich gibt, wie und wann werden diese entsorgt, beziehungsweise wie ist der weitere Umgang mit den Beständen gedacht? Welche Mittel und Methoden werden stattdessen verwendet? Werden andere chemische Mittel als Ersatz benutzt?

Er bittet die Stadt, diese umweltschützenden Maßnahmen öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen und verstärkt dazu aufzuklären sowie aufmerksam und mit dem nötigen Druck die Einhaltung des Gesetzes zu kontrollieren.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0090** und wird schriftlich beantwortet.

Ratherr **Kadow** (fraktionslos) fragt an, über wieviel Leitungen die Rettungsdienstzentrale im Notfall mit Strom versorgt wird und ob es eine Notstromversorgung gibt.

Weiterhin bittet er um Prüfung, ob die Ampeln in der späten Nacht abgeschaltet werden können.

Stadtpräsident **Stegemann** (CDU) stellt fest, dass die Integrierte Rettungsleitstelle in Verantwortung des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte liegt und dass es eine Notstromversorgung gibt, ohne die keine Leitstelle betrieben werden darf.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister nimmt den Prüfauftrag mit. Er geht davon aus, dass die Ampeln, die nachts noch geschaltet sind, aus Sicherheitsgründen leuchten und sagt zu, dass das Prüfergebnis im Ausschuss vorgestellt wird.

Herr **Modemann** antwortet auf die Frage von Ratsherrn Albrecht, dass derzeit 86 E-Fahrzeuge in Neubrandenburg gemeldet sind.

Bezüglich der Ampeln informiert er, dass nur wenige Ampeln (am Pferdemarkt- und allen mehrspurigen Kreuzungen) die gesamte Nacht leuchten. Alle anderen werden zwischen 20:00 und 22:00 Uhr zurückgeschaltet.

Ratsherr **Bromberger** (CDU) bezieht sich auf eine Frage, die er bereits in der letzten Sitzung der Stadtvertretung zum Schwimmunterricht gestellt hatte. Diese wurde im Ausschuss am 11.08.21 besprochen. Die Koordinatorin für den Schulschwimmunterricht hat dort den Vorschlag unterbreitet, den Unterricht für die dritten Klassen sechs bis acht Wochen eher enden zu lassen und danach Blockunterricht für die jetzigen vierten Klassen anzubieten.

Dafür müsste der Bustransport organisiert werden. Er fragt, ob der Vorschlag aufgegriffen wurde und ob es entsprechende Planungen für den Transport gibt.

Er fragt weiter, welche Nutzungsgebühren haben die Sportvereine für die Trainingszeiten von Kindern und Jugendlichen in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2020 bezahlt. Er bittet um Aufschlüsselung nach den Vermietern VZN, EBIM, Landkreis MSE, neu.sw und Privaten.

Mehrfach wurde er darauf angesprochen, ob es möglich ist, ein Wegeband in der Treptower Straße vom Marktplatzcenter zum C&A für die Menschen mit Rollatoren einzurichten. Er bittet um entsprechende Prüfung.

Durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie werden Fördermittel über das Förderprogramm Nationales Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennzellentechnologie ausgegeben. Ratsherr Bromberger möchte wissen, wie beteiligt sich die Stadt bzw. die neu.sw an dieser Fördermittelausschreibung? Falls nicht, wieso nicht?

Ratsherr Bromberger fragt weiter, ob es ein Wirtschaftskonzept für die Stadt Neubrandenburg gibt und von wann dieses ist? Falls nicht, ist geplant ein Konzept zu erarbeiten? Falls nicht, wieso nicht?

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0094** und wird schriftlich beantwortet.

Herr **Witt** beantwortet die erste Frage dahingehend, dass der Vorschlag von Frau Ehrich aufgegriffen und realisiert wird und sichert die schriftliche Beantwortung der übrigen Fragen zu.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) dankt für den Geschäftsbericht 2020 der NEUWOGES, der vor Beginn der Sitzung verteilt wurde und dessen sehr gute Qualität. Sie bittet die Geschäftsführung, den Dank an die Redaktion des Jahresrückblicks und Geschäftsberichtes 2020 auszurichten.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) bittet in Vorbereitung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Sicherheit um eine Übersicht über die Struktur der Hundetoiletten, Entsorgungsbehälter und für die bestehenden und geplanten E-Ladesäulen.

Herr **Witt** erläutert, dass die Verwaltung in den letzten Jahren sehr viel Aufwand im Kampf gegen den Müll betrieben hat. Es gab eine massive Erhöhung des Turnus der Leerungen. Trotz der Aufstellung größerer Tonnen sind die Papierkörbe überfüllt. Auf der Wallanlage wurden die Papierkörbe ausgetauscht. Danach hat dort die Verschmutzung etwas nachgelassen.

TOP 7 Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung der Stadtvertretung

Stadtpräsident **Stegemann** schlägt vor, in Präsenz zu tagen, vorbehaltlich der Änderung dieser Entscheidung durch das Präsidium der Stadtvertretung, falls sich die pandemische Situation wieder verschlechtert und lässt über den Vorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Mit drei Enthaltungen wird dem Vorschlag mehrheitlich zugestimmt.

TOP 8 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsherr **Stegemann**, Stadtpräsident, bittet um Nachtrag eines Änderungsblattes zur Vorlage BV/VII/0281. Damit wird die Vorlage zur Informationsvorlage und wird nicht abgestimmt.

Er schlägt vor, die Vorlagen BV/VII/0140 und BV/VII/0141 (TOP 17 und TOP 18) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Er informiert, dass Mitwirkungsverbote zur Beschlussvorlage BV/VII/0241 (TOP 23) durch Ratsfrau Reinsdorf und Ratsherrn Bromberger, zur Beschlussvorlage BV/VII/243 (TOP 25) durch die Ratsfrauen Dr. Kuhk, Muth, und Reinsdorf sowie die Ratsherren Kowalick, Schnell, Schwanke und Stieber angezeigt wurden. Für die Vorlage BV/VII/0260 hat Ratsfrau Reinsdorf Mitwirkungsverbot angezeigt.

Ratsherr Stegemann informiert, dass für die Vorlagen BV/VII/0240 und BV/VII/0241 (TOP 22 und 23) Frau Kriegler, Geschäftsführerin der KEG mbH zur Verfügung steht. Für die Vorlagen BV/VII/0242, BV/VII/0243 und BV/VII/0260 (TOP 24 bis 26) steht Herr Meyer, Sprecher der Geschäftsführung der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH zur Verfügung.

TOP 9 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 10 Beschilderung Tollensesee Vorlage: BV/VII/0267

Ratsherr **Schnell** (AfD) erläutert das Ziel des Beschlussvorschlages. Insbesondere soll erreicht werden, dass durch die Entwicklung des Tollensesees und dessen Bewerbung mehr Touristen in die Vier-Tore-Stadt kommen, die hier auch länger verweilen. Er dankt für die sachlichen Hinweise in den Beratungen der Ausschüsse und weist auf das Änderungsblatt mit dem Prüfauftrag an die Verwaltung hin.

Abstimmungsergebnis: Die geänderte Vorlage wird mit 18 Dafürstimmen, 13 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen beschlossen

Beschlussnummer: STV 18/10/2021

TOP 11 Öffentliche Ausschreibung Oberbürgermeister
Vorlage: BV/VII/0281

Ratsherr **Schnell** (AfD) begründet die Vorlage dahingehend, dass mit der öffentlichen Ausschreibung die Möglichkeit geschaffen werden soll, dass die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich eine Wahl zwischen mehreren Personen treffen können. Er bezieht sich auf § 37 Abs. 2, Satz 3 der Kommunalverfassung M-V, nachdem eine Fraktion der Stadtvertretung den entsprechenden Antrag stellen könne.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 12 Aufnahme bedrohter afghanischer Flüchtender in Neubrandenburg möglich machen!
Vorlage: BV/VII/0284

Ratsherr **Stieber** (SPD) erläutert diesen Ergänzungsbeschluss zum Beschluss der Stadtvertretung vom 7. Februar, als diese mit dem Bekenntnis zur Aufnahme aus dem Mittelmeer geretteter Flüchtlinge Teil der „Sicheren Häfen“ des Bündnisses Seebrücke geworden ist. Nunmehr soll erreicht werden, dass bei Erfordernis der Aufnahme afghanischer Ortskräfte oder Frauenrechtler*innen bzw. Journalist*innen und ihrer Familien sich die Vier-Tore-Stadt nicht verschließt. Er erinnert an die gelebte Partnerschaft und Kooperation der Stadt mit der Bundeswehr und die dafür kürzlich verliehenen Auszeichnungen und Preise an den OB und die Stadt. Jetzt sollten diejenigen, die den Angehörigen der Bundeswehr in Afghanistan geholfen haben, Hilfe durch die Stadt erfahren.

Ratsfrau **Kanew** (Die LINKE) beschreibt die Ursachen für die entstandene Situation in Afghanistan, kritisiert das Handeln der Bundesregierung und hebt die Notwendigkeit des vorliegenden Antrags hervor. Sie zeigt die Zustimmung ihrer Fraktion für den Antrag an und hofft darauf, dass dessen Umsetzung tatsächlich möglich wird.

Ratsherr **Gesswein** (CDU) macht darauf aufmerksam, dass der Bund für die Unterbringung von Geflüchteten aus Krisengebieten zuständig ist. Seine Fraktion wird dem Antrag mehrheitlich zustimmen, da es ihrem christlichen Menschenbild entspricht, dass man sich um Personen, die aus politischen Gründen geflüchtet sind oder weil sie in ihrem Land mit deutschen Soldatinnen und Soldaten zusammengearbeitet haben, kümmert und sie aufnimmt. Folgenden Änderungsantrag bringt er ein: Ergänzung eines 3. Absatzes: „Ferner wird der Oberbürgermeister beauftragt, das bereits bestehende Integrationskonzept im Sinne dieses Beschlusses weiter fortzuschreiben.“

Ratsherr **Schnell** (AfD) verweist auf die Angaben der Bundeswehr, dass mittlerweile ca. 3.000 Personen evakuiert wurden, von denen ca. 600 Ortskräfte mit ihren Familienangehörigen sind. Er fragt, von wieviel Ortskräften die SPD insgesamt ausgeht und wünscht sich, eine konkrete Zahl zu erfahren, die im möglichen Fall tatsächlich nach Deutschland kommen.

Ratsfrau **Wegner** (B90/Die GRÜNEN) erklärt für ihre Fraktion die Zustimmung zum vorliegenden Antrag, befürchtet aber, dass es die Voraussetzungen und Möglichkeiten, dass Menschen aus Afghanistan hierherkommen, nicht geben wird. Sie appelliert an die Zivilgesellschaft, alles zu tun, damit diese Möglichkeiten geschaffen werden, da sie den Eindruck hat, dass die breite Mehrheit der Bevölkerung dies auch unterstützt.

Ratsherr **Dr. Wieland** (Die LINKE) zeigt sich ob des vorhandenen Bedarfes und der Bereitschaft optimistisch und ruft auf, mindestens die Dinge anzusprechen, damit sie auf der zuständigen Bundes- bzw. Landesebene auch in Gang gesetzt werden.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, verweist auf die hohe Bereitschaft der Stadtgesellschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen in den Jahren 2015/2016. Gespräche mit der Bundeswehr haben stattgefunden, derzeit sehen sich die Angehörigen der Bundeswehr noch nicht in der Lage, zu Gesprächsforen, in denen Menschen, die vor Ort waren, berichten können, einzuladen. Die Verwaltung wird und kann auch nach den politischen Bekenntnissen nur die Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten kommunizieren, die Aufteilung erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel, dem entsprechend ca. 2,2 % der Gesamtzahl auf das Land M-V entfallen. Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, erklärt die Verfahrensweise des Landes, dass Ethnien, wenn sie nicht in sehr großer Zahl nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, in der Regel nicht künstlich auseinandergerissen werden, was erklärt, dass die Vier-Tore-Stadt manchmal keine Zuweisungen erhält.

Ratsherr **Stieber** erklärt, dass die einreichende Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion der CDU übernimmt, da das Integrationskonzept sowieso zur Überarbeitung ansteht.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 30 Dafürstimmen, 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 18/12/2021

TOP 13 Freizeitangebote für junge Menschen **Vorlage: BV/VII/0285**

Für die einreichende Fraktion erläutert Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) das Ziel, zu beschließen, dass Freizeitangebote für junge Menschen verbessert werden. Rückzugsräume für junge Menschen sind nicht ausreichend vorhanden. In der Sache muss die Stadt in Zusammenarbeit mit dem dafür verantwortlichen Landkreis eigene Verantwortung übernehmen. Konkret schildert er aus seinen Gesprächen mit den Jugendsozialarbeiter*innen den Bedarf an einem Skaterpark – eventuell auf dem Datzeberg – und an Graffitiwänden an Orten, an denen junge Menschen sind. Er räumt ein, dass die Verwaltung Gespräche mit den Jugendlichen führt, hört aber an der Basis, dass diese sich mehr Verbindlichkeit wünscht.

Ratsfrau **Reinsdorf** (Die LINKE) zeigt sich verwundert über die Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt, wird doch über die Zwischenergebnisse der Arbeit der AG Kinder- und Jugendarbeit, in der Vertreter*innen der Fraktionen mit Jugendlichen, Vertreter*innen der Verwaltung, der mobilen Jugendarbeit und anderen über Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche beraten, regelmäßig im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport berichtet. In der AG wird dezidiert nach den Wünschen der Jugendlichen gefragt. Der Abschlussbericht wird für den 30.09.2021 erwartet und soll in einer Sondersitzung des Ausschusses am 20.10.2021 diskutiert werden. Sie empfindet den Beschlussantrag als Missachtung der Arbeit der AG und der Arbeit der Fraktionskollegen. Sie bittet darum, den Antrag zurückzuziehen und die Ergebnisse des Abschlussberichtes abzuwarten. Danach kann gemeinsam mit den Jugendlichen über die nächsten Maßnahmen entschieden werden.

Ratsherr **Giermann** (CDU) zweifelt an der Auffassung von Partizipation von Ratsherrn Prof. Dr. Northoff. Dieser will seiner Meinung nach Beschlüsse herbeiführen, bevor die AG Kinder- und Jugendarbeit die Ergebnisse ihrer Arbeit öffentlich gemacht hat. Er kritisiert die Forderungen des Ratsherrn Prof. Dr. Northoff in dessen Vorlage, die aus seiner Sicht – wie die Erstellung eines Konzeptes durch den Oberbürgermeister – das Gegenteil von Partizipation sind.

Zur Forderung nach der Prüfung der Möglichkeiten von Graffitiwänden weist Ratsherr Giermann auf das längst beschlossene Sicherheitskonzept der Stadt Neubrandenburg hin, die diese Prüfung enthält.

Zur Forderung nach einem überdachten Rückzugsort im Winter weist Ratsherr Giermann auf die zu klärenden rechtlichen Fragen wie Kinderschutz, Brandschutz, Haftung, Einverständnis

der Eltern, der inhaltlichen Ausgestaltung hin. Die Forderung nach Erstellung eines Konzeptes innerhalb von drei Monaten schürt falsche Hoffnungen, ebenso wie der Vorschlag einer Prüfung der BAZ-Halle, die nicht geeignet ist.

Er moniert die schriftliche Antragsbegründung und wirft Ratsherrn Prof. Dr. Northoff Wahlkampf vor. Alles, was in der Stadt bereits vorhanden ist, wird nicht erwähnt und der vorliegende SPD-Antrag ignoriert die Stimmen der jungen Menschen.

Ratsherr Giermann lädt zur Sondersitzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport am 20.10.2021 ein.

Ratsherr **Dr. Wieland** (Die LINKE) betont, dass nicht der Eindruck der Verdrängung bestimmter Altersgruppen entstehen sollte. Die Stadt gehöre allen.

Ratsherr **Prof. Dr. Freigang** (B 90/Die GRÜNEN) bittet die SPD-Fraktion nachdrücklich, den Antrag zurückzuziehen. Er fürchtet, dass in der öffentlichen Abstimmung der Eindruck entsteht, man wäre gegen die vorgelegten Ideen. Es soll jedoch nur jetzt nicht schon über Dinge entschieden werden, zu denen es einen Verständigungsprozess in der Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendarbeit gab.

Ratsfrau **Kanew** (Die LINKE) unterstützt die Anträge, die Vorlage von der Tagesordnung zu nehmen, da es bereits auf eine Anfrage von ihr an die Verwaltung, die inhaltlich den Punkt b) der Vorlage berührt, eine Antwort gibt und dadurch die Möglichkeit der Erörterung in den Ausschüssen bereits besteht.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** sieht seinen Antrag unnötig beschädigt und beharrt darauf, dass die drei Themen bei einer breiten Basis unter den Jugendlichen unstrittig sind. Er fühlt sich missverstanden, weil er der Auffassung ist, dass die AG Kinder- und Jugendarbeit eher über Methoden und Formen von Partizipation gearbeitet hat und weniger über die offenkundigen inhaltlichen Probleme.

Er bittet den Oberbürgermeister zu erklären, ob die Sachverhalte, die er beantragt hat, ohnehin in Planung sind.

Ratsherr **Giermann** erläutert an einem Beispiel die Notwendigkeit der primären Aufzeigung von Möglichkeiten der Beteiligung junger Menschen an Partizipation bevor über ihre Wünsche und Bedarfe bereits beschlossen wird.

Ratsherr **Prof. Dr. Freigang** ergänzt, dass die Jugendlichen über ihre eigenen Prioritäten selbst entscheiden müssen und deshalb kann nicht dieser Antrag ohne Mitwirkung der Jugendlichen hier auf die Tagesordnung kommen. Das Vorgehen auf eine Maßnahme steht der Arbeit der AG entgegen.

Ratsherr **Schnell** (AfD) möchte wissen, wie oft Ratsherr Prof. Dr. Northoff an den Sitzungen der AG persönlich teilgenommen und seine Themen eingespeist hat.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, geht zunächst auf den ordnungsrechtlichen Aspekt ein. Es wird immer wieder Situationen geben, wo auch ordnungsrechtlich eingegriffen werden muss. Die Verwaltung setzt gerade die Beschlüsse der Stadtvertretung um, die dazu dienen sollen, den Ordnungsdruck zu erhöhen.

Er hebt die reiche Vereinslandschaft in Neubrandenburg hervor und erklärt, dass parallel zur Untersuchung der Beteiligungsmöglichkeiten verschiedene Prüfungsprozesse ja bereits in Gang gesetzt wurden. Diese, etwa wo legale Graffitiflächen entstehen können, würde er ungern mit zusätzlichen Vereinbarungen bzw. Versprechen unterbrechen. Der nächste Meilenstein ist die Sondersitzung des Ausschusses für Generationen, Bildung und Sport.

Ratsherr **Stieber** (SPD) weist zurück, dass der Antrag die Arbeit der Arbeitsgruppe konterkariert. Damit nicht provoziert wird, dass positive Dinge abgelehnt werden müssen, die in einem anderen Prozess befürwortet werden würden, wird der Antrag zurückgezogen.

Ratsherr **Albrecht** (SPD) bittet den Stadtpräsidenten, dafür zu sorgen, dass die Diskussion auf sachlicher Ebene geführt wird.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** antwortet auf die Fragen von Ratsherrn Schnell, dass er in der sich mit formalen Fragen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen beschäftigenden AG nicht mitgewirkt hat, sein Wissen um die drängendsten Probleme aber aus Gesprächen und Kontakten mit Jugendlichen und Straßensozialarbeitern bezieht.

Die Vorlage wird vom Einreicher zurückgezogen.

TOP 14 Verkehrssicherheit in der Innenstadt erhöhen **Vorlage: BV/VII/0286**

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD) erläutert die Notwendigkeit des vorliegenden Beschlussantrags. Der Bedarf an den besagten Spiegeln ergibt sich aus dem Sicherheitsproblem, das sich beim Verlassen der Innenhöfe per Fahrzeug in der Innenstadt zeigt.

Ratsherr **Kowalick** (Die LINKE) verweist auf die Kosten für die Spiegel und fragt, welche Ausfahrten konkret gemeint sind, da die Vorlage da widersprüchliche Aussagen trifft und beantragt für seine Fraktion die Rückverweisung der Vorlage in den Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) rät dem Einreicher, die Vorlage zurückzuziehen. In der gesamten Innenstadt gibt es drei derartige, wie in der Vorlage beschriebene, Ausfahrten, welche durch den jeweiligen Vermieter oder den Baulastträger entsprechend abzusichern sind. Allerdings sind an diesen Stellen keine Verkehrsunfälle aktenkundig. Es würde schon helfen, wenn an diesen Stellen die Radfahrenden auf die Straße geleitet werden würden.

Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** erwidert, dass es sich keineswegs um Einzelprobleme handelt, sondern mehrere Bereiche in der Innenstadt betrifft. Dem Hinweis der Rückverweisung in den Ausschuss kann er sich anschließen.

Die Mehrheit der Anwesenden stimmt der Verweisung in den Ausschuss zu.

TOP 15 Änderung der Gesellschaftsverträge neu.sw und NEUWOGES **Vorlage: INF/VII/0082**

Die Vorlage wird ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

TOP 16 Beschluss über die Annahme einer Spende des Fördervereins Regionalbibliothek Neubrandenburg e. V. – Sachzuwendung Wasserspender für die Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Regionalbibliothek **Vorlage: BV/VII/0255**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.
Beschlusnummer: STV 18/16/2021

Die Tagesordnungspunkte 17 und 18 werden in verbundener Aussprache behandelt.

**TOP 17 Bebauungsplan Nr. 123 „Erich-Zastrow-Straße/Max-Adrion-Straße“
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Vorlage: BV/VII/0140**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Beschlusnummer: STV 18/17/2021

**TOP 18 Bebauungsplan Nr. 123 „Erich-Zastrow-Straße/Max-Adrion-Straße“
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0141**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 36 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 18/18/2021

**TOP 19 BebauungsplanBebauungsplan Nr. 16.1 „An der Landwehr“ (Gewerbepark)
1. vereinfachte Änderung, 3. Entwurf
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0269**

Ratsherr **Kuhnert** (Die LINKE) fragt aufgrund der intensiven Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss nach, ob Konflikte mit dem Einzelhandelskonzept hinsichtlich des Angebotssportfolios auftreten könnten.

Ratsherr **Gille** (SPD) bezieht sich auf die Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss, zeigt an, dass er der Vorlage nicht zustimmen wird und begründet das mit den Ausführungen im B-Plan, Begründung S. 10, Pkt. 5, 2. Absatz, nach denen 31.000 m² Verkaufsfläche im Gebiet zur Verfügung stehen, derzeit werden durch die Möbel- und Teppichverkaufsflächen nur 17.000 m² Fläche in Anspruch genommen. Damit soll eine 85 %ige Steigerung der Verkaufsfläche passieren. Er kritisiert die vorgesehenen Erweiterungen für Verkaufsflächen, mit denen sich die Stadt auch immer mehr versiegelt. Er kritisiert die Ausgleichsmaßnahmen (12 Bäume für gesamte Fläche).

Herr **Renner**, Leiter des Fachbereiches Stadtplanung, Wirtschaft, Bauordnung und Kultur, erläutert, dass mit dem B-Plan Bauplanungsrecht für die XXXL-Lutz-Erweiterung und eine neue Betriebsansiedlung derselben Firma geschaffen werden soll. Die Möbelsortimente entfalten keine negativen Auswirkungen auf den innerstädtischen Bereich. Problematisch sind die Rand- und Nebensortimente wie Haushaltswaren, Heimtextilien, Kleielektronik, die konkurrierend in die Sortimentsstrukturen eingreifen. Deshalb werden diese Sortimente über die B-Pläne beschränkt. Der Beschluss ist aus städtebaulicher Sicht unschädlich. Die Kompensationsmaßnahmen für die Versiegelung des gesamten Gebietes wurden bereits bei der Erschließung des Gebietes realisiert.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) ist dafür, dass Planungsrecht für den Investor geschaffen wird. Er kündigt an, dass der Ausschuss für Umwelt, Ordnung und Sicherheit daran arbeiten wird, die Versiegelung in der Stadt einzugrenzen.

Ratsherr **Lange** (SPD) fragt angesichts der Versiegelung großer Flächen in der Stadt und des Klimawandels an, wo die Rückhaltebecken sind, wenn Starkregenereignisse kommen. Weder aus dem Umweltbericht noch aus dem Entwurf der Begründung kann er dies entnehmen.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B 90/Die GRÜNEN) lobt das Umdenken in der Stadtvertretung hinsichtlich der Verhinderung von Versiegelungen, der Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen und des Schutzes vor Extremwetterereignissen. Die fraktionsübergreifenden Wortbeiträge sieht er als Signal an die Verwaltung, diese Belange bei Bebauungsplänen künftig besser zu berücksichtigen.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, erläutert, dass die Diskussion über Versiegelungen anhand des vorliegenden Bebauungsplanes nicht sehr sinnvoll ist. Die Wirtschaft braucht an dieser Stelle die Ermöglichung der Flächenerweiterung. Jedoch stimmt er zu, dass im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung zukünftig diskutiert werden sollte, wo die Stadt welche unbebauten Flächen zur Verfügung stellt.

Ratsherr **Gille** fragt nach, ob Änderungen durch Vorschläge der Stadtvertreter*innen, beispielsweise hinsichtlich der Erhöhung von Ausgleichsmaßnahmen, auch für schon bestehende B-Pläne möglich sind.

Herr **Witt** ergänzt seine Ausführungen dahingehend, dass er darauf hinweist, dass nachhaltiges versiegelungsarmes städtisches Bauen eben z. B. das mehrgeschossige Hochhaus ist, das weniger Fläche benötigt.

Herr **Renner** erläutert, dass der B-Plan aus 1991 datiert und damit rechtskräftig ist. Er sah eben diese Bebauung vor, womit die Flächenversiegelung schon geplant war. Jetzt soll der Grad der Bebauung erhöht werden, womit auch zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen zu definieren sein. Er weist auf die rechtlichen Auswirkungen einer Reduzierung des Grades der Bebauung und der damit verbundenen Wertminderung des Grundstückes hin.

Ratsherr **Lange** fragt, wieviel Möbelmärkte sich noch ansiedeln werden.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** hinterfragt u. a. die Formulierung „Dachbegrünung ist zulässig“, warum wird sie nicht „vorgeschrieben“. Auch die Fassadenbegrünung könnte man vorschreiben. Diese Planungsmöglichkeiten sollten für eine nachhaltige Entwicklung genutzt werden und konkret in den vorliegenden Bebauungsplan aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 11 Neinstimmen, 14 Enthaltungen und 11 Dafürstimmen **abgelehnt**.

Beschlusssnummer: STV 18/19/2021

TOP 20 Städtebauliche Gesamtmaßnahme „Altstadt“ und „Vor dem Treptower Tor“ Einsatz von Städtebaufördermitteln für archäologische Grabungen auf dem Grundstück Waagestraße 3, 5 und Treptower Straße 3, südlich Marien-Carrée
Vorlage: BV/VII/0272

Ratsherr **Kuhnert** (Die LINKE) legt dar, wieso diese Beschlussvorlage im Stadtentwicklungsausschuss nach kontroverser Diskussion mehrheitlich abgelehnt wurde. Seine Fraktion wird die Beschlussvorlage ablehnen, weil der Investor als kommerzielles Unternehmen aus Mieten Gewinne erzielen kann. Sie geht davon aus, dass die Kosten auf potenzielle Mieter*innen bzw. Käufer*innen umgelegt werden. Er fragt, ob es Gespräche zwischen der Verwaltung und dem Investor gab und ob dieser Zusagen bezüglich der Absicht, von „Einzelhandel“ zu „Wohnen“ zu wechseln, erhalten hat.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, erläutert, dass das Instrument der Städtebaufördermittel auch privaten Investitionen dient. Die Veränderung des Konzepts erklärt er mit der veränderten

Marktlage aufgrund des Leerstands einer riesigen Einzelhandelsfläche im ehemaligen Kaufhof. B-Planungsrechtlich stehen heute enorme Flächen zur Verfügung. Die Gespräche mit dem Eigentümer des Kaufhofs beziehen sich darauf, zu erfahren, was er vorhat und die Verwaltung hat den Wunsch nach Lebensmittel-Einzelhandel im Erdgeschoss kommuniziert, was dem Wunsch vieler Bürger*innen der Innenstadt entspricht. Damit stellt sich für die Planungen für Lebensmittel-Einzelhandel eine gute Chance auf Realisierung dar.

Wenn der Investor eine Änderung seiner Pläne anzeigt, schaut die Verwaltung auf den beschlossenen B-Plan, um zu prüfen, was möglich ist. Im Erdgeschoss ist Wohnen nicht vorgesehen, in den Geschossen darüber ist Wohnen möglich. Nunmehr muss die Verwaltung mit dem Investor besprechen, was im Erdgeschoss möglich ist. Der Investor hatte schon angezeigt, dass er Gastronomie ansiedeln möchte. Der B-Plan sieht weitere Gewerbenutzungen vor, die dem Investor aufgetragen wurden.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B 90/ Die LINKE) erinnert, dass seine Fraktion von Beginn an auf die Veränderungen in der Einzelhandelslandschaft, die das Marien-Carrée nach sich ziehen würde hingewiesen hatte und auch kein Parkhaus wollte, sondern Wohnen vorsehen wollte. Er freut sich, dass jetzt die Mehrheit der Stadtvertretung auch nicht einverstanden ist mit einem Parkhaus. Ein Änderungsblatt seiner Fraktion mit diesem Inhalt wurde seinerzeit mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 14 Neinstimmen, 6 Enthaltungen und 12 Dafürstimmen **abgelehnt**.

Beschlusnummer: STV 18/20/2021

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 18:25 geschlossen.

gez.
Dieter Stegemann
Stadtpräsident

gez.
Sabine Renger
Protokoll